

FAILING TO
PREPARE
IS PREPARING
TO FAIL



Sicherheit und Verteidigung –
gemeinsame Verantwortung von Politik und Wirtschaft

Positionspapier der Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Inhalt

1	I. Präambel: Aktuelle sicherheitspolitische Lage als neue Realität	3
2	II. Wirtschaft als Akteur und Adressat der Gesamtverteidigung	4
3	III. Wirtschaftliche Bedeutung im IHK-Bezirk	5
4	IV. Resilienz und Betroffenheit der Unternehmen im IHK-Bezirk: Erkenntnisse aus der IHK-Umfrage	6
5	V. Handlungsfelder und Positionen	8
6	VI. Rolle und Selbstverpflichtung der IHK Mittlerer Niederrhein	11
7	VII. Beschlussformel	11

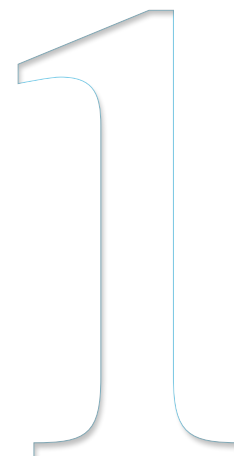
I. Präambel: Aktuelle sicherheitspolitische Lage als neue Realität

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 hat die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Deutschland und seine Verbündeten sehen sich mit einer gefährlichen Bedrohungslage konfrontiert. Hybride Angriffe, Sabotage kritischer Infrastruktur, Cyberoperationen und die Destabilisierung demokratischer Gesellschaften sind keine abstrakten Szenarien mehr, sondern tagesaktuelle Realität.

Die Bundesregierung hat darauf reagiert: Mit den neuen **Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung (RRGV)** vom 5. Juni 2024 beschreibt sie erstmals seit 1989 wieder das Zusammenspiel aller staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte im Verteidigungsfall. Die **Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie** vom 4. Dezember 2024 stärkt die industrielle Basis. Auf europäischer Ebene fordert das **EU-Weißbuch „European Defence – Readiness 2030“** vom März 2025 Investitionen von mindestens 800 Milliarden Euro und erkennt die Verteidigungsindustrie ausdrücklich als strategische Ressource und Motor für Innovationen und Arbeitsplätze an.

Sicherheit und damit Verteidigung sind die Grundlagen unserer Wirtschaft, unserer Freiheit und unseres Wohlstands. Aufgrund dieses unmittelbaren Wirtschaftsbezugs nimmt die Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein zu diesem Thema Stellung. Dies geschieht im Einklang mit der **DIHK-Position „Wirtschaft und Verteidigung“** vom 25. Juni 2025 und dem **Impulspapier „Wirtschaft und Gesamtverteidigung – Aktuelle Lage, Herausforderungen und Wirtschaftspotentiale“**, das IHK NRW im November 2025 vorgelegt hat.

Um die Positionierung auf einer belastbaren empirischen Grundlage aufzubauen, hat die IHK Mittlerer Niederrhein unter dem Titel „Wirtschaft, Resilienz und neue sicherheitspolitische Lage“ eine Umfrage bei ihren Mitgliedsunternehmen durchgeführt: Sie zeigt, wie Unternehmen im Bezirk die aktuelle Lage einschätzen, welche konkreten Betroffenheiten bestehen, wie der eigene Vorbereitungsstand beurteilt wird und welchen Informations- und Unterstützungsbedarf sie auch seitens der IHK sehen. Die Ergebnisse sind in die nachfolgenden Positionen eingeflossen.



II. Wirtschaft als Akteur und Adressat der Gesamtverteidigung

Gesamtverteidigung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – und der Wirtschaft kommt dabei eine Doppelrolle zu.

Als Adressat ist die Wirtschaft Ziel hybrider Bedrohungen: Industriespionage, gezielte Sabotage von Lieferketten, Angriffe auf kritische Infrastruktur und Cyberoperationen gegen Unternehmen gehören zum täglichen Lagebild der Sicherheitsbehörden. Besonders betroffen sind Betriebe aus den Leitbranchen der Region: Chemische Industrie, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Logistik und Lebensmittelwirtschaft.

Als Akteur trägt die Wirtschaft unmittelbar zur Verteidigungsfähigkeit bei: Sie liefert Rüstungsgüter und Dual-Use-Technologien, betreibt kritische Infrastrukturen, sichert Energie- und Rohstoffversorgung, hält Logistikkapazitäten vor und stellt im Krisenfall Versorgungsleistungen bereit. Das **Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WSG)** sieht die Einbindung der Wirtschaft – und die Mitwirkung der IHKs – im Spannungs- und Verteidigungsfall gesetzlich vor.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass **der Staat im Spannungs- und Verteidigungsfall** über weitreichende Eingriffsrechte in wirtschaftliche Prozesse verfügt. Diese reichen von Bewirtschaftungsmaßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette über die Verpflichtung, bestimmte Leistungen zu erbringen bis hin zur Nutzung betrieblicher Ressourcen, Anlagen und Infrastrukturen. Unternehmen wissen, dass sie somit unmittelbar in staatliche Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen eingebunden werden können.

Dazu gehören zunehmend auch personalbezogene Aspekte: Mit den aktuellen gesetzlichen Anpassungen zum Wehrdienst und zum Ausbau der Reserve ist davon auszugehen, dass Unternehmen durch Wehrübungen oder Einberufungen von Reservisten verstärkt mit der Abwesenheit von Mitarbeitenden rechnen müssen. Damit rücken Fragen der Personalplanung, der Vertretungsregelungen und der betrieblichen Resilienz stärker in den Fokus unternehmerischer Vorsorge.

Für die Unternehmen heißt das, dass sie nicht nur potenziell betroffen sind, sondern integraler Bestandteil staatlicher Handlungsfähigkeit werden. Diese Rolle erfordert ein grundlegendes Verständnis der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie eine frühzeitige betriebliche Vorbereitung.

Diese Doppelrolle verpflichtet: Die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein nimmt ihre Verantwortung für die Gesamtverteidigung an.



III. Wirtschaftliche Bedeutung im IHK-Bezirk

Die IHK Mittlerer Niederrhein vertritt rund **80.000 Unternehmen** mit insgesamt etwa **460.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** in den Gebietskörperschaften Krefeld, Mönchengladbach, Rhein-Kreis Neuss und Kreis Viersen. Das regionale Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf rund **54 Milliarden Euro**. Der Industrieumsatz erreicht rund **30 Milliarden Euro** – mit überdurchschnittlichen Exportanteilen: Im Rhein-Kreis Neuss liegt die Exportquote bei 58 Prozent, in Krefeld bei 54 Prozent.

Diese industrielle Stärke ist kein bloßer Standortvorteil – sie ist ein sicherheitspolitisches Asset. Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet in sicherheits- und verteidigungsrelevanten Branchen einen Produktionswert von bis zu **22 Milliarden Euro**, was rund 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes entspricht. Rund **200.000 Menschen** arbeiten in diesem Bereich. Der IHK-Bezirk Mittlerer Niederrhein ist durch seine Leitbranchen wesentlicher Teil dieses Potenzials. Gleichzeitig ergibt sich aus dieser wirtschaftlichen Stärke eine besondere Verantwortung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Die regionale Wirtschaftsstruktur bildet wesentliche Teile der industriellen und logistischen Leistungen ab, auf die staatliche Stellen im Verteidigungsfall angewiesen sind. Ihre Funktionsfähigkeit ist daher sicherheitspolitisch von zentraler Bedeutung:

- Die **Chemische Industrie** – Leitbranche in Krefeld und im Rhein-Kreis Neuss – produziert Schutzmaterialien, Spezialchemikalien und energieintensive Grundstoffe mit großer sicherheitspolitischer Relevanz.
- **Metallverarbeitung und Maschinenbau** liefern Komponenten und Zulieferteile mit direktem Dual-Use-Potenzial.
- **Die Lebensmittelwirtschaft** sichert im Krisenfall die Ernährungsversorgung der Bevölkerung.
- Die **Logistikinfrastruktur** zur und entlang der Rheinachse – einschließlich Binnenhäfen sowie Autobahn- und Schienenverbindungen (insbesondere Revierbahn und 3RX) – hat strategische Bedeutung für den Host Nation Support der Bundeswehr.

Zugleich eröffnet die sicherheitspolitische Zeitenwende **wirtschaftliche Chancen**: Steigende Verteidigungsausgaben schaffen neue Märkte. Eine Studie des Kiel Instituts für Weltwirtschaft zeigt: Bei einer Erhöhung des Verteidigungsetats mit konsequent europäischer Beschaffung könnte das deutsche BIP jährlich um 0,9 bis 1,5 Prozent wachsen. Viele Unternehmen im Bezirk der IHK Mittlerer Niederrhein verfügen über Kompetenzen, die sich für sicherheits- und verteidigungsnahe Anwendungen erschließen lassen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die aktuelle Konjunkturumfrage der DIHK zeigt: Hersteller von militärisch nutzbaren Gütern sowie deren Zulieferer weisen eine deutlich bessere Geschäftslage und deutlich optimistischere Erwartungen auf als die Gesamtwirtschaft.



IV. Resilienz und Betroffenheit der Unternehmen im IHK-Bezirk: Erkenntnisse aus der IHK-Umfrage

Die IHK Mittlerer Niederrhein hat im Vorfeld dieses Positionspapiers ihre Mitgliedsunternehmen befragt, wie sie die veränderte sicherheitspolitische Lage wahrnehmen und welche Konsequenzen sie für ihre Betriebe ziehen. An der Befragung „Wirtschaft, Resilienz und neue sicherheitspolitische Lage“ haben gut 200 Unternehmen aus dem Bezirk teilgenommen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Struktur des regionalen Mitgliederkreises und zeigen einen erheblichen Handlungsbedarf.



- **Gesamtbetroffenheit:** 71 Prozent der befragten Unternehmen berichten von mittleren bis starken Auswirkungen der sicherheitspolitischen Lage auf ihren Betrieb.
- **Konkrete Auswirkungen:** Am häufigsten werden gestiegene Kosten für Energie, Transport und Absicherung (84 %) genannt, gefolgt von Lieferkettenstörungen (44 %) und Investitionsunsicherheit (42 %). Weitere bedeutende Themen sind ein erhöhter Cybersicherheitsbedarf (30 %) sowie Probleme mit internationalen Partnern (22 %).
- **Kritische Relevanz:** 29 Prozent der Unternehmen sehen eigene Leistungen, auf die andere Betriebe oder die Bevölkerung in außergewöhnlichen Störungslagen angewiesen sein könnten – insbesondere in den Bereichen Energie/Wasser sowie Logistik/Transport/Verkehr. Gut jedes zehnte Unternehmen kann jedoch nicht einschätzen, ob die eigenen Tätigkeiten in solchen Lagen von besonderer Relevanz sind.
- **Vorbereitungsstand:** 59 Prozent der Unternehmen haben bislang keine oder kaum Vorsorgemaßnahmen umgesetzt. 33 Prozent haben erste Maßnahmen ergriffen und planen weitere zeitnah, während lediglich 7 Prozent bereits konkrete Maßnahmen umgesetzt haben. Dieser Befund unterstreicht den dringenden Informations- und Beratungsbedarf.
- **Informationsbedarf:** Am häufigsten wünschen sich die Unternehmen Unterstützung bei Energie- und Versorgungssicherheit (43 %), gefolgt von Krisenvorsorge (40 %) und Cybersicherheit/Wirtschaftsschutz (35 %). Weitere Themen sind Lieferkettenresilienz (27 %) sowie rechtliche Rahmenbedingungen im Krisenfall (24 %).
- **Vernetzung:** 54 Prozent der Unternehmen verfügen bislang über keine Kontakte im Bereich Krisenvorsorge oder Sicherheit.
- **Kenntnis des rechtlichen Rahmens:** 75 Prozent der Befragten kennen die Richtlinien für die Gesamtverteidigung entweder gar nicht oder nur dem Namen nach. Auch das Wirtschaftssicherstellungsgesetz und die damit verbundenen Mitwirkungspflichten sind nur einer Minderheit bekannt – ein deutliches Signal für weiteren Informationsbedarf.

Die Umfrageergebnisse zeigen: Die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein ist in der neuen Sicherheitslage angekommen, auf den Ernstfall jedoch vielfach noch nicht ausreichend vorbereitet. Die IHK versteht diesen Befund als klaren Auftrag, ihre Mitgliedsunternehmen gezielt zu informieren, zu beraten und stärker zu vernetzen.

V. Handlungsfelder und Positionen

1. Tempo, Bürokratieabbau und Planungssicherheit

Verteidigungsfähigkeit erfordert Geschwindigkeit.
Die IHK Mittlerer Niederrhein fordert:

- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für verteidigungsrelevante Infrastruktur auf allen Verwaltungsebenen.
- Gesetzliche Verankerung des überragenden öffentlichen Interesses für Maßnahmen der Gesamtverteidigung, um Verfahrensvorrang zu ermöglichen.
- Langfristige und verlässliche Beschaffungsplanung des Bundes mit ausreichenden Volumina, die Unternehmen Investitionssicherheit geben und die Umstellung von Einzel- auf Serienfertigung ermöglichen.
- Anpassung der Vergaberegeln, um KMU und technologisch innovativen Unternehmen den Einstieg in Verteidigungsmärkte zu erleichtern.

2. Kritische Infrastruktur und Versorgungssicherheit

Der IHK-Bezirk liegt an einer strategisch bedeutsamen Achse: Die Rheinquerungen zwischen Krefeld und Duisburg sowie zwischen Neuss und Düsseldorf zählen zur Verkehrsinfrastruktur von nationaler Bedeutung. Marode Brücken sind nicht nur eine Schwachstelle für die Wirtschaft, sondern für die gesamte Mobilität. Die IHK fordert:

- einen Ertüchtigungsplan für kritische Infrastrukturen in NRW – insbesondere für Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur.
- vorrangige Umsetzung des Neubaus der Rheinquerungen zwischen Krefeld-Uerdingen/Duisburg und Neuss/Düsseldorf als verteidigungsrelevante Infrastrukturmaßnahmen.
- Sicherung der Energieversorgung für industrielle Großverbraucher, insbesondere im Bereich der Chemischen Industrie.
- Bevorratungskonzepte für systemrelevante Güter sowie klare Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft.

5



5

3. Cybersicherheit und hybride Resilienz

Angriffe auf Unternehmensnetzwerke, Produktionsanlagen und Lieferketten nehmen zu. Die IHK fordert:

- regelmäßige, praxistaugliche Lagebilder über Cyber- und Sabotagebedrohungen für Unternehmen, ausgegeben von den zuständigen Behörden (BSI, Verfassungsschutz NRW), ergänzt um konkrete Handlungsempfehlungen für betroffene Branchen.
- niedrigschwellige Beratungs- und Schulungsangebote für KMU zur Stärkung der Cyberresilienz, einschließlich praktischer Übungen und Krisensimulationen, mit klarem Vorrang von Unterstützung vor Sanktionierung bei neuen regulatorischen Anforderungen.
- Vermeidung von Mehrfachmeldungen bei identischen Sachverhalten, insbesondere durch die parallelen Anforderungen aus NIS2, DSGVO sowie branchenspezifischen Vorgaben (z. B. Energie, Finanzsektor), durch gebündelte Meldewege und klare Zuständigkeiten.
- Berücksichtigung der zusätzlichen Belastung durch produktsicherheitsbezogene Anforderungen des Cyber Resilience Act (CRA), um eine kumulative Überforderung von Unternehmen in Betrieb und Entwicklung zu vermeiden.

4. Fachkräfte, Wehrdienst und Reservisten

Der Fachkräftemangel ist bereits heute für einen erheblichen Teil der Betriebe im IHK-Bezirk ein zentrales Geschäftsrisiko. Eine Ausweitung des Wehrdienstes oder die Einführung eines Gesellschaftsjahres müssen mit dieser Realität vereinbart werden. Die IHK fordert:

- Ganzheitlichen Ansatz bei der Fachkräftesicherung: Bundeswehrbedarf und wirtschaftlicher Bedarf sind gemeinsam zu denken, nicht gegeneinander auszuspielen.
- Praxistaugliche Freistellungsregelungen für Reservisten: Unternehmen müssen Planungssicherheit haben; Ausfälle müssen kompensierbar sein.
- Offenheit gegenüber neuen Wehrdienstmodellen, sofern Freistellungsgarantien für Engpassberufe gewährleistet sind und die betriebliche Ausbildung nicht geschwächt wird.
- Anerkennung militärischer Ausbildungen im zivilen Qualifikationsrahmen, um Bundeswehrrfahrung als Brücke in den Arbeitsmarkt zu nutzen.



5. Finanzierungsrahmen, Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichterstattung

Rüstungs- und sicherheitsrelevante Unternehmen werden durch die aktuelle EU-Taxonomieverordnung und durch Nachhaltigkeitsberichtspflichten (CSRD) benachteiligt: Kapitalmarktzugang und Finanzierungskosten werden erschwert, obwohl diese Unternehmen gesellschaftlich unverzichtbare Leistungen erbringen. Die IHK fordert:

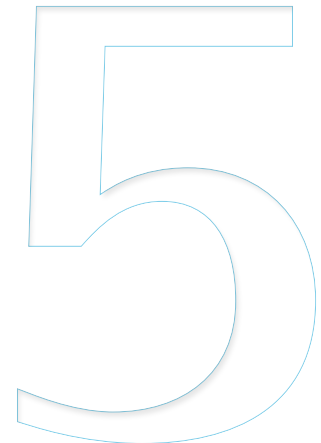
- Anpassung der EU-Taxonomieverordnung, sodass Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als nachhaltig eingestuft werden können.
- keine Ausweitung der CSRD-Berichtspflichten auf KMU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich ohne klaren Mehrwert.
- Öffnung bestehender Förder- und Finanzierungsprogramme des Bundes und des Landes NRW für sicherheits- und verteidigungsrelevante Forschung, Entwicklung und Investitionen.
- Förderprogramme explizit für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu öffnen, Rüstungsausschlüsse in ESG-Screening-Prozessen für diese Unternehmen aufzuheben und Krisenfinanzierungsinstrumente bereitzustellen, die operative Kontinuität auch im Spannungsfall sichern.

Schließlich ist nicht zuletzt die finanzielle Resilienz entscheidend: Viele Banken und Sparkassen schließen sicherheits- und verteidigungsrelevante Unternehmen aufgrund von ESG-Richtlinien aus ihrer Finanzierung aus – trotz deren gesellschaftlicher Unverzichtbarkeit.

6. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken, KMU einbinden

Ohne eine leistungsfähige Industrie keine Verteidigungsfähigkeit.
Die IHK fordert:

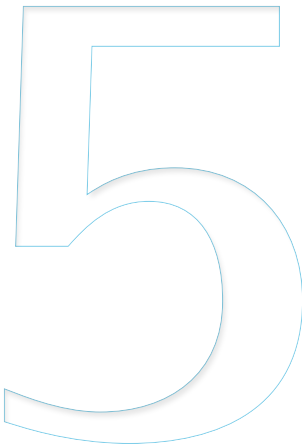
- klare industriestrategische Ausrichtung des Landes NRW für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die die Stärken des Rheinlands einschließt.
- Aufbau eines Innovationshubs für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien im Rheinischen Revier unter Einbindung des bestehenden DEFENCE.NRW-Clusters – mit dem Production Launch Centre Defence (PLCD) plant das Land NRW zurzeit den Aufbau eines neuen Technologie- und Entwicklungszentrums für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Ziel ist es, Wirtschaft, Forschung und Innovationscluster in Nordrhein-Westfalen enger zu vernetzen und konkrete militärische und sicherheitsrelevante Fähigkeitsbedarfe – etwa von Bundeswehr und NATO – systematisch zu adressieren und damit die industrielle sowie technologische Basis für Sicherheit und Resilienz in Deutschland und Europa zu stärken.
- gezielte Einbindung von KMU in Beschaffungsprozesse: vereinfachte Vergabeverfahren, Losvergabe und beschleunigte Zertifizierungswege.
- Stärkung des Dual-Use-Transfers: Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen (u. a. Hochschule Niederrhein), Forschungseinrichtungen und regionalen Unternehmen für sicherheitsrelevante Anwendungen fördern.



7. Internationale Dimension

Die IHK fordert:

- Die Auslandshandelskammern (AHKs) sind als globales Netzwerk in die Exportunterstützung für Sicherheits- und Verteidigungsgüter einzubeziehen.
- Die europäische Harmonisierung der Rüstungsbeschaffung und ein funktionsfähiger EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter sind voranzutreiben.
- Exportkontrolle muss handhabbar bleiben: klare, schnelle Entscheidungsprozesse statt bürokratischer Verzögerung.
- Rohstoffversorgung und Lieferkettenresilienz sind sicherheitspolitische Kernfragen: Heimische Genehmigungsverfahren für den Rohstoffabbau müssen beschleunigt, strategische Lagerhaltung in Unternehmen steuerlich erleichtert und KMU stärker in die EU-Bevorratungsplanung nach RESourceEU eingebunden werden. Die EU sollte ihr Netz an Freihandels- und Rohstoffpartnerschaftsabkommen gezielt ausbauen, um Lieferquellen zu diversifizieren und einseitige Abhängigkeiten – insbesondere von China – zu verringern.



8. Rolle der Wirtschaft im Verteidigungsfall konkretisieren und vorbereiten

Die Rolle der Wirtschaft im Verteidigungsfall ist für viele Unternehmen bislang nicht hinreichend konkretisiert. Gleichzeitig bestehen umfangreiche gesetzliche Grundlagen, die eine Einbindung der Wirtschaft in staatliche Steuerungs- und Versorgungsprozesse vorsehen.

Die IHK Mittlerer Niederrhein fordert daher:

- Aufklärung über mögliche staatliche Anforderungen und Eingriffe im Verteidigungsfall, insbesondere hinsichtlich Produktionsumstellungen, Leistungspflichten und Ressourcennutzung.
- branchenspezifische Leitfäden zur Rolle von Unternehmen im Verteidigungsfall.
- frühzeitige Einbindung der Wirtschaft in Planungen der Gesamtverteidigung, insbesondere im Bereich Logistik und Versorgung.
- Durchführung praxisnaher Übungen und Szenarien unter Beteiligung von Unternehmen.
- klare Regelungen zu Entschädigung und Haftung bei staatlichen Eingriffen.

VI. Rolle und Selbstverpflichtung der IHK Mittlerer Niederrhein

Die IHK Mittlerer Niederrhein ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht nur Interessenvertreterin der Wirtschaft, sondern erfüllt auch staatlich übertragene hoheitliche Aufgaben. Im Rahmen sicherstellungsrechtlicher Regelungen (z. B. nach dem Wirtschaftssicherstellungsgesetz) können IHKs in wirtschaftslenkende Maßnahmen einbezogen werden, etwa durch Koordinations-, Prüf- und Bescheinigungsfunktionen.

Die IHK Mittlerer Niederrhein nimmt diese Rolle aktiv an. Sie verpflichtet sich zu konkreten, messbaren Schritten und wird deren Umsetzung jährlich gegenüber der Vollversammlung berichten. Als Mindestmaßstab gelten: mindestens **4 Veranstaltungen pro Jahr** mit Sicherheits- und Verteidigungsthemen sowie der **Abschluss der Partnerschaftvereinbarung mit dem Landeskommando NRW bis Ende 2026**.

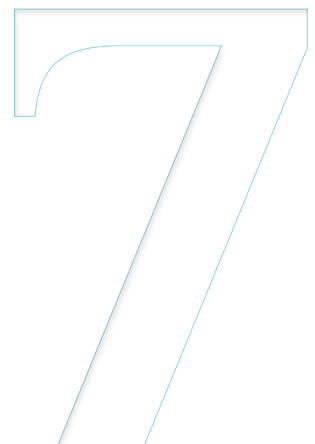
Die IHK sieht vor:

- **Veranstaltungen zur Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft** anzubieten beziehungsweise bestehende Veranstaltungsangebote wie die der IHK-Initiative Rheinland mitzugestalten – insbesondere zu Krisenvorsorge, Lieferkettenresilienz, Cybersicherheit, Finanzierungs- und Förderprogrammen sowie Exportkontrolle.
- **Mitgliedsunternehmen über rechtliche Pflichten und wirtschaftliche Chancen** der Gesamtverteidigung zu informieren und zu beraten – einschließlich praxistauglicher Leitfäden und Checklisten.
- **den Kontakt zu Bundeswehr und Zivilschutzorganisationen** – insbesondere dem Landeskommando NRW – institutionell zu verstetigen.
- **eine Partnerschaftvereinbarung mit dem Landeskommando NRW** anzustreben, um die Freistellung von Reservistinnen und Reservisten in Mitgliedsunternehmen aktiv zu unterstützen.
- **die Nutzung von DEFENCE.NRW** als Plattform für Unternehmen im Bezirk zu bewerben und den Zugang für KMU zu erleichtern.



VII. Beschlussformel

Die Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein beschließt in ihrer Sitzung am **01.07.2026** das Positionspapier „Sicherheit und Verteidigung – gemeinsame Verantwortung von Politik und Wirtschaft“.





Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Impressum

Herausgeber:

IHK Mittlerer Niederrhein

Hausanschrift:

Nordwall 39
47798 Krefeld
Telefon: 02151 635-0
E-Mail: ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Verantwortlich:

Gregor Werkle
IHK Mittlerer Niederrhein
Wirtschaftspolitik
Telefon: 02151 635-353
E-Mail: gregor.werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Autor:

Gregor Werkle

Gestaltung:

Jutta Stein

Bildnachweise:

Titel: TAI FUR (Adobe Stock), generiert mit KI; S. 3: Raja (Adobe Stock), generiert mit KI; S. 4: Daria94 (Adobe Stock), generiert mit KI; S. 7: Kamranazhar (Adobe Stock), generiert mit KI; S. 8: vasile (Adobe Stock).

Druck:

van Acken Druckerei & Verlag GmbH

Stand:

Juni 2026

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Weitere Informationen:



mnr.ihk.de/p952

Ihre IHK Mittlerer Niederrhein vor Ort

Nordwall 39
47798 Krefeld
☎ 02151 635-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Bismarckstraße 109
41061 Mönchengladbach
☎ 02161 241-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Friedrichstraße 40
41460 Neuss
☎ 02131 9268-0
@ ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de